

Anwesend:

**Oberbürgermeister**

Oberbürgermeister Carsten Feist

**Mitglied SPD-Fraktion**

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Beigeordnete Christina Heide

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Beigeordneter Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

**Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"**

Beigeordneter Ulf Berner

Beigeordneter Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Ratsmitglied ChristianE Seyffer

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Michael von den Berg

**Mitglied Fraktion WIN@WBV**

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

**Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"**

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler  
Beigeordneter Andreas Tönjes  
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis  
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner  
Ratsmitglied Helga Weinstock

**Mitglied AfD-Fraktion**

Ratsmitglied Detlef Stump

**Mitglied Gruppe FDP/FW**

Ratsmitglied Darwin Reinhard  
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

**Dezernent**

Stadtkämmerer Thomas Bruns  
Stadtbaurat Niksa Marusic  
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

**von der Verwaltung**

Fachbereichsleitung 13 Julia Muth  
Fachbereichsleitung 14 Jörg Walkenhorst

**Protokollführerin**

Fachbereich 13 Bianka Götz

**Es fehlte entschuldigt**

Ratsmitglied Manuel Baruschke  
Ratsmitglied Torsten Kastrioti  
Ratsmitglied Michael Kiesewetter  
Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges  
Ratsmitglied Thorsten Moriße  
Ratsmitglied Uwe Reese

**A. Öffentlicher Teil ab Seite 3**

**Einwohnerfragestunde auf Seite 24**

**B. anschließend nichtöffentlicher Teil**

**A. Öffentlicher Teil**Tagesordnung:

3	Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.04.2023	
4	Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)	
5	Aktuelle Stunde	
6	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8.1	Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2024-2028 - Aufstellung der Vorschlagsliste	<b>96/2023</b>
8.2	Wahl eines Mitglieds des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven	<b>157/2023</b>
9.1.1	Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2022 (Kernverwaltung)	<b>81/2023</b>
9.1.2	Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine	<b>106/2023</b>
9.1.3	Antrag SPD-Fraktion: Quartalsbericht kommunale Finanzen und Haushalt	<b>541/2023</b>
9.1.4	Antrag SPD-Fraktion: Konsolidierungsliste Folgen der Wirtschaftlichkeit	<b>542/2023</b>
9.1.5	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen	<b>543/2023</b>
9.2.1	89. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 - Marktstraße West (Nahversorgung) - Entwurfsbeschluss	<b>55/2023</b>
9.2.2	Bebauungsplan Nr. 164 D (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan 037 (VEP 037) -Marktstraße West (Nahversorgung)- Entwurfsbeschluss	<b>56/2023</b>
9.2.3	Bebauungsplan Nr. 228 Zwischen Weserstraße und Ems-Jade-Kanal Aufstellungsbeschluss	<b>92/2023</b>
9.2.4	Bebauungsplan Nr. 90, 1. Änderung -Posener Straße zwischen Preußen- und Möwenstraße- (mit örtlicher Bauvorschrift) Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss	<b>93/2023</b>
9.2.5	Antrag der CDU-Fraktion: Aufstellungsbeschluss am Handelshafen	<b>531/2023</b>
9.2.6	Antrag der CDU-Fraktion: Veränderungssperre	<b>533/2023</b>
9.2.7	Höherstufung der Kreisstraße K 291 "Friesendamm", der Straße "Am tiefen Fahrwasser", der "Raffineriestraße" und der "Utterser Landstraße zu einer Landesstraße	<b>104/2023</b>
9.2.8	Berufung der Mitglieder des Sanierungsbeirates "Westliche Südstadt"	<b>108/2023</b>
9.2.9	Antrag Gruppe FDP/FW: Verzicht auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens und Beendigung der notwendigen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren Durchbau Friedenstraße	<b>545/2023</b>
9.3.1	Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterbringung in Sammelunterkünften für Geflüchtete in der Stadt Wilhelmshaven	<b>124/2023</b>
9.4.1	Resolution zur Unterstützung der Küstenfischerei	<b>149/2023</b>
9.5.1	Antrag Gruppe "Die BUNTEN" auf Änderung der Hauptsatzung	<b>521/2023</b>
9.6.1	Verkauf einer Gewerbefläche BPlan-227 – Kreuzungsbereich Preußen-/Möwenstraße	<b>118/2023</b>
9.7.1	Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Wilhelmshaven	<b>100/2023</b>
10.1	Gemeinsamer Antrag Gruppe GRÜNE und GfW und SPD-Fraktion: Prüfauftrag zum Einsatz von Mitteln aus dem Kohlestrukturfonds zur Umsetzung/Fortführung der Projekte „Musikschule sowie Kinderbibliothek“	<b>523/2023</b>
10.2	Antrag SPD-Fraktion: Sozialverträgliche Realisierung des Sanierungskonzeptes Klinikum	<b>534/2023</b>
10.3	Antrag AfD-Fraktion: Prüfauftrag für eine gemeinnützige Arbeitspflicht für Geflüchtete und Migranten	<b>538/2023</b>
10.4	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Einführung einer zweiten Protokollführung für Ratssitzungen	<b>539/2023</b>
10.5	Antrag SPD-Fraktion: Wirtschaftliche Folgen als Standardbemerkung der Vorlagen	<b>540/2023</b>
10.6	Antrag Ratsherr Becker auf Änderung der Geschäftsordnung des Rates	<b>544/2023</b>
11.1	Anfrage Ratsherr Werner: „Ausschreibung Interimsgeschäftsführung Klinikum“	<b>550/2023</b>

- 12 Einwohnerfragestunde II  
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

**Herr Becker** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Stump** erklärte, dass die AfD-Fraktion den Tagesordnungspunkt 10.3 „Antrag AfD-Fraktion: „Prüfauftrag für eine gemeinnützige Arbeitspflicht für Geflüchtete und Migranten 538/2023“ zurückziehe.

**Herr Hager** teilte mit, dass die SPD-Fraktion den Tagesordnungspunkt 9.1.4. „Antrag SPD-Fraktion: Konsolidierungsliste Folgen der Wirtschaftlichkeit 542/2023“ ebenfalls zurückziehe.

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt  
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.04.2023

**Frau Mandt** wies daraufhin, dass unter TOP 9.1. „Wahl der Mitglieder des Schöffenausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven“ zweimal die Namen Schön und Heide aufgeführt seien. Unter 7. müssten jedoch die Namen Andreas Tönjes und Anja Sanchez Mengeler stehen. Sie bat um entsprechende Korrektur des Protokolls.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 32 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.04.2023 wird mit der Änderung genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde  
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

## 5 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde vor.

## 6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

**Oberbürgermeister Feist** gab bekannt, dass der Verwaltungsausschuss in seiner gestrigen Sitzung einstimmig der Vergabe der Bewirtschaftung der Flüchtlingsunterkünfte – Catering (Mittagsverpflegung) (Nr. 173/2023) zugestimmt habe. Die Versorgung der Flüchtlinge sei damit sichergestellt.

## 7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

### a) **Wissenschaftsstadt**

**Oberbürgermeister Feist** informierte über ein Anhörungsschreiben des Innenministeriums zum Antrag der Stadt Wilhelmshaven auf Verleihung der Bezeichnung „Wissenschaftsstadt“. Nach Aussage des Innenministeriums erfülle die Stadt nicht die besonderen Kriterien, daher beabsichtige man den Antrag abzulehnen. Der Stadt werde aber bis zum 07.07.23 die Möglichkeit der Stellungnahme eingeräumt.

In der sich anschließenden Diskussion äußerten die **Herren Bulla, Werner** und **Schön** ihr Unverständnis über die negative Entscheidung des Landes. Man müsse alle möglichen Wege beschreiten, um das Land von der besonderen Bedeutung der Wissenschaft für Wilhelmshaven zu überzeugen. Ein Vergleich mit historisch gewachsenen Hochschulstandorten könne nicht ausschlaggebendes Kriterium für eine Ablehnung sein. Damit würden junge Städte wie Wilhelmshaven benachteiligt.

Auf Wunsch der Ratsmitglieder wurde vom Oberbürgermeister zugesichert, das Schreiben ins RIS einstellen zu lassen.

### b) **Wirtschaftsförderung**

**Oberbürgermeister Feist** nahm Bezug auf die Sitzung des gestrigen Finanzausschusses, in der festgestellt worden war, dass der Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen den Wegfall der Komplementärmittel in Höhe von 315.000 € aus dem Ansatz des Fachbereiches Wirtschaft und Regionalmanagement beschlossen habe. Dadurch sei die Ko-Finanzierung von den Maßnahmen wie „Urban Farm“, „React“ und „Förderprämie Kinderarzt/Kinderärztin“ gefährdet.

Er habe in der Finanzausschusssitzung zugesagt, dass die Verwaltung kurzfristig prüfen werde, welche Möglichkeiten für die Weiterführung der besagten

Maßnahmen bestehen und damit auch entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Es gebe zwei denkbare Wege, wie man mit der Problematik umgehen könnte. Der eine Weg habe sich als nicht rechtlich durchführbar herausgestellt. Der zweite Weg, der möglich wäre, konnte noch nicht abschließend geprüft werden. Er bat um Verständnis, dass dem Rat erst abschließend in der nächsten Sitzung des Rates bzw. des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen nähere Informationen mitgeteilt werden können.

### **b) Zusammensetzung Aufsichtsrat Klinikum**

**Herr Bruns** teilte mit, dass der Rat im Januar einen Beschluss über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates gefasst habe. Diese Satzungsänderung müsse durch die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH in Anwesenheit eines Notars beschlossen werden und werde erst wirksam nach Eintragung in das Handelsregister. Der Wahlausschuss des Klinikums werde aber keine Wahl auf Grundlage der neuen Satzung durchführen, solange diese nicht im Handelsregister eingetragen sei. Damit wäre der Aufsichtsrat bis zur Neuwahl nach Eintragung handlungsunfähig. Diese Rechtsauffassung habe sich die Klinikleitung extern juristisch bestätigen lassen. Gerade in der aktuellen Situation könne man sich eine Handlungsunfähigkeit des Aufsichtsrates nicht leisten, deshalb könne der Gesellschaftsvertrag momentan nicht entsprechend des Ratsbeschlusses umgesetzt werden. Die Geschäftsführung sei aufgefordert, den „Zirkelbezug“ zu beseitigen und eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen.

### **c) Bildung interfraktionelle Arbeitsgruppe**

**Oberbürgermeister Feist** nahm erneut Bezug auf eine intensiv geführte Diskussion in der gestrigen Finanzausschusssitzung. Entsprechend der Entscheidung des Rates vom 05.05.23. soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die den Weg zur Suche möglicher externer Partner und zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes begleiten soll. Aus dem Ausschuss kam die Anregung, dass man sich interfraktionell verständigen möge und die Mitglieder der Arbeitsgruppe, bestehend aus je einer Person je Gruppe bzw. Fraktion, benennt.

Ihm liege ein gemeinsames Schreiben der Fraktionen von SPD, CDU, WIN@WBV, AfD sowie der Gruppen Grüne/GfW, DIE BUNTEN und der FDP/FW mit der Benennung der Mitglieder der Arbeitsgruppe vor:

CDU-Fraktion	Herr Uwe Heinemann
WIN@WBV-Fraktion	Herr Olaf Fischer
Gruppe GRÜNE/GfW	Herr Martin Burkhart
Gruppe DIE BUNTEN	Herr Andreas Tönjes
Gruppe FDP/FW	Herr Dr. Günther Schulte
AfD-Fraktion	Herr Thorsten Moriße
SPD-Fraktion	wird im Nachgang bekanntgegeben

Die Arbeitsgruppe werde sich nach der öffentlichen Benennung im Rat zeitnah zusammenfinden, um sofort mit der Arbeit zu beginnen.

8 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordnete Heide)

8.1 Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2024-2028 - Aufstellung der Vorschlagsliste **96/2023**

**Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 23.05.2023 vor.

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt  
(bei 32 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die anliegende Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028.

8.2 Wahl eines Mitglieds des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht Wilhelmshaven **157/2023**

**Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 23.05.2023 vor.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 24 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven wählt als Mitglieder des Schöffenwahlausschusses beim Amtsgericht:

Vertrauensperson  
Dipcin, Ismail

zugeordnete Ersatzperson  
Illg, Oleg

9 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

9.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Heinemann)

9.1.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2022 (Kernverwaltung) **81/2023**

**Herr Bruns** informierte über den vorläufigen Jahresabschluss 2022 der Kernverwaltung.

**Beschluss:** zur Kenntnisnahme

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2022 zur Kenntnis.

9.1.2 Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine **106/2023**

**Herr Berner** brachte für die Gruppe Grüne/GfW folgenden **Änderungsantrag** ein:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Krementschuk.“*

Der **Änderungsantrag** wurde mit 21 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

**Herr Schön** erklärte, dass er dem Antrag aufgrund des damit verbundenen Kosten und des aktuellen Haushaltsdefizits nicht zustimmen könne.

Die Frage von **Frau Mandt**, ob Mittel im Haushalt bereitgestellt wurden, wurde von **Herrn Bruns** verneint.

Der **Antrag mit der Änderung** wurde bei mit 21 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 20 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit ~~einer der beiden ukrainischen Partnerstädte von Bydgoszcz/Polen~~ **der ukrainischen Stadt Krementschuk**.

*(geändert auf Antrag der Gruppe GRÜNE/GFW im Rat am 24.05.23)*

9.1.3 Antrag SPD-Fraktion: Quartalsbericht kommunale Finanzen und Haushalt **541/2023**

**Herr Hager** trug den Antrag der SPD-Fraktion vor und begründete ihn.

**Herr Bruns** machte deutlich, dass ein Berichtssystem zum 30.04. und 31.08. eines Jahres vorliege. Quartalsberichte hätten sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Er plädiere für die Beibehaltung des jetzigen Systems.

**Beschluss:** mehrheitlich abgelehnt  
(bei 28 Nein-Stimmen und 11 Ja-Stimmen)

Der Rat der Stadt beschließt, der Kämmerer berichtet jeweils in



der letzten Sitzung Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen eines Quartals über die Veränderungen der kommunalen Finanzen und berichtet zum Haushalt. Neben dem Bericht im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen legt er dafür schriftlich einen kurzen Bericht vor.

- 9.1.4 Antrag SPD-Fraktion: Konsolidierungsliste Folgen der Wirtschaftlichkeit **542/2023**

**Zurückgezogen**

- 9.1.5 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen **543/2023**

**Herr Bulla** trug den Antrag der WIN@WBV-Fraktion vor.

**Frau Zaage** beantragte gemäß Geschäftsordnung die **Zurückverweisung in den Fachausschuss**.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** wurde bei 32 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich zugestimmt**.

**Beschluss:** an Fachausschuss verwiesen  
(bei 32 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Für jede finanzwirksame Maßnahme, also für alle Maßnahmen, die sich auf Ausgaben und Einnahmen der Stadt auswirken, ist eine vorherige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in Anlehnung an den Ausführungen der Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 7 LHO Niedersachsen zwingend durchzuführen und vollständig zu dokumentieren.

In dieser sind Handlungsbedarf bzw. die zu erreichende Ziele so funktional wie möglich formuliert und alle hierzu möglichen, denkbaren Alternativen zunächst vollständig aufzuführen.

In einem zweiten Schritt sind Alternativen, die für die Erreichung des Ziels nicht geeignet scheinen, begründet auszusondern.

Die verbleibenden Alternativen sind konkret zu beschreiben und unter Berücksichtigung aller finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, somit inklusive aller Lebenszykluskosten, Personalkosten u. ä. für einen sinnvoll gewählten Betrachtungszeitraum zu berechnen und darzustellen.

Nicht monetäre Faktoren sind in einer ergänzenden Nutzwertanalyse zu betrachten. Der Entscheidungsfokus ist jedoch vorrangig auf monetäre Aspekte zu richten.

Die Verwaltung entwickelt analog zu der der o.a. VV als Anlage beigefügten Arbeitsanleitung für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen des BMF eine Handlungsanleitung für die Stadt

Wilhelmshaven, die auch die Komplexität einzelner Maßnahmen berücksichtigen soll.

Diese ist dem Rat bis zur Sitzung im Juni 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bei Beschlussvorlagen an den Rat sind die WU Bestandteil der Verwaltungsvorlage.

Auch finanzwirksame Maßnahmen, die nicht der Beschlussfassung des Rates unterliegen, dürfen ohne dokumentierte WU nicht vollzogen werden. Diesen Vorgängen ist die WU als begründende Unterlage beizufügen. Sie werden Bestandteil des Vorgangs und unterliegen somit auch der Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes.

## 9.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

### 9.2.1 89. Änderung des Flächennutzungsplans von 1973 - Marktstraße West (Nahversorgung) - Entwurfsbeschluss **55/2023**

**Herr Schön** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.04.2023 vor und begründete ihn.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 89. Änderung des Flächennutzungsplans -Marktstraße West (Nahversorgung)- mit dem angepassten Geltungsbereich zu und beschließt, diesen mit Begründung und umweltbezogenen Stellungnahmen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

### 9.2.2 Bebauungsplan Nr. 164 D (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan 037 (VEP 037) -Marktstraße West (Nahversorgung)- Entwurfsbeschluss **56/2023**

**Herr Schön** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.04.2023 vor und begründete ihn.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 164 D (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplan 037 (VEP 037) - Marktstraße West (Nahversorgung)- mit Örtlicher Bauvorschrift (ÖBV) zu und

beschließt, diesen mit ÖBV, Begründung und umweltbezogenen Stellungnahmen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

9.2.3 Bebauungsplan Nr. 228 Zwischen Weserstraße und Ems-Jade-Kanal **92/2023**  
Aufstellungsbeschluss

**Herr Schön** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.04.2023 vor und begründete ihn.

Auf die Frage von **Herrn Schön**, ob das noch nicht vorliegende Schallschutzgutachten negative Auswirkungen für ALBA habe, erklärte Herr **Marušić**, dass es lediglich um einen Aufstellungsbeschluss handele. Man müsse daher nicht auf das Ergebnis des Schallschutzgutachtens warten. Im Übrigen habe ALBA das Lärmschutzgutachten selbst in Auftrag gegeben.

**Herr Ehlers** sprach sich dafür aus, das Vorhaben der Verwaltung zu unterstützen, da hier ein guter Kompromiss zwischen Wohnbebauung und Gewerbe gefunden worden sei.

Auf die Frage von **Herrn Tönjes**, wie die Wohnungsbaugesellschaft Spar+Bau zum Vorhaben stehe, antwortete Herr **Marušić**, dass eine Beteiligung von Spar+Bau im weiteren Verfahren erfolge.

**Herr Berner** bat um Auskunft, ob durch die Ausweisung als urbanes Mischgebiet tagsüber höhere Immissionswerte als bisher im Bereich der Weserstr./Admiral-Klatt-Str. erlaubt seien.

Herr **Marušić** führte aus, dass im Zeitraum von 6 bis 22 Uhr höhere Lärmwerte erlaubt seien.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 27 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6), die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 228 – Zwischen Weserstraße und Ems-Jade-Kanal –. Ziele der Planung sind die Entwicklung von Urbanen Mischgebieten und Gewerbegebieten sowie die Sicherung von Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerbeflächen südlich des Ems-Jade-Kanals.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

- 9.2.4 Bebauungsplan Nr. 90, 1. Änderung -Posener Straße zwischen Preußen- und Möwenstraße- (mit örtlicher Bauvorschrift) Neuer Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss **93/2023**

**Herr Schön** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.04.2023 vor und begründete ihn.

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6), erneut die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 90 (mit Örtlicher Bauvorschrift) im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf zu und beschließt, diesen (einschließlich Örtlicher Bauvorschrift) mit Begründung einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

- 9.2.5 Antrag der CDU-Fraktion: Aufstellungsbeschluss am Handelshafen **531/2023**

**zurückgezogen**

- 9.2.6 Antrag der CDU-Fraktion: Veränderungssperre **533/2023**

**zurückgezogen**

- 9.2.7 Höherstufung der Kreisstraße K 291 "Friesendamm", der Straße "Am tiefen Fahrwasser", der "Raffineriestraße" und der "Utterser Landstraße zu einer Landesstraße **104/2023**

**Herr Schön** trug die Informationsvorlage des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.04.2023 vor und bat um Kenntnisnahme.

**Beschluss:** zur Kenntnisnahme

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung, einen Antrag mit dem Ziel einer Höherklassifizierung der Straßen K 291 „Friesendamm“, der Straße „Am tiefen Fahrwasser“, der Raffineriestraße und der Utterser Landstraße zu einer

Landesstraße bei der höheren Straßenbaubehörde (NLStBV) zu beantragen.

9.2.8 Berufung der Mitglieder des Sanierungsbeirates "Westliche Südstadt" **108/2023**

**Herr Schön** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.04.2023 vor und begründete ihn.

**Herr Marušić** gab bekannt, dass Frau Clara Schreiber ihren Sitz im Sanierungsbeirat nicht annehmen werde.

**Herr Berner** stellte für die Gruppe GRÜNE und GfW folgenden **Änderungsantrag**:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft für die Gruppe GRÜNE und GfW (Punkt 12 des Anhangs „Stadtteilbeirat Westliche Südstadt“ Institutionen und deren stimmberechtigte Mitglieder“) die Mitglieder der Gruppe GRÜNE und GfW als Vertretung ihres Beiratsmitgliedes Br. Franziskus in den Sanierungsbeirat „Westliche Südstadt“*

Er begründete den Änderungsantrag damit, dass alle Institutionen für den Stadtteilbeirat Vertretungen benannt hätten. Nur die Mitglieder des Rates hätten keine Vertretungen.

**Herr Tönjes** bat um Auskunft, ob in diesem Fall nicht zunächst eine Satzungsänderung erfolgen müsse.

**Die Sitzung wurde zur Klärung des Sachverhalts daraufhin von 16:25 bis 16:40 Uhr unterbrochen.**

Nach Rückkehr zur Tagesordnung erklärte **Herr Marušić**, dass nach der Geschäftsordnung lediglich die Benennung eines namentlich genannten Vertreters möglich sei. Der Änderungsantrag der Gruppe GRÜNE und GfW sei daher rechtlich nicht zulässig.

Daraufhin wurden folgende Vertreter\*innen durch die Fraktionen und Gruppen benannt:

CDU-Fraktion	Frau Astrid Zaage
Gruppe „Die Bunten“	Frau Helga Weinstock
WIN@WBV-Fraktion	Herr Olaf Fischer
Gruppe GRÜNE und GfW	Herr Ulf Berner
SPD-Fraktion	wird nachgemeldet

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft die in der Anlage aufgeführten Personen zu Mitgliedern des Sanierungsbeirates

- 9.2.9 Antrag Gruppe FDP/FW: Verzicht auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens und Beendigung der notwendigen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren Durchbau Friedenstraße **545/2023**

**Herr Schön** trug den Antrag der Gruppe FDP/FW vor und verlas anschließend den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion.

*„Gleichzeitig wird die Stadtverwaltung beauftragt zu prüfen, ob auf der vorhandenen Trasse (ursprünglich vorgesehen für den Durchbau der Friedenstraße) von der Hooksieder Landstraße bis zur Friedrich-Paffrath-Straße ein Radschnellweg errichtet werden kann mit dem Ziel, diesen Radschnellweg bis zur Osttangente entlang der schon vorhandenen Friedenstraße durchzubauen. Der Radschnellweg soll sich in ein zu erstellendes Radwegeverkehrskonzept einfügen.“*

In der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Herren **Tönjes, Fischer, Ehlers, Dr. Schulte** und **Marušić**.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 27 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Bevor es zur Abstimmung über den Hauptantrag mit den beschlossenen Änderungen kam, sprach sich **Herr Tönjes** gegen eine en-bloc-Abstimmung aus.

**Herr Schönfelder** führte aus, dass Herr Tönjes mit seinem Einspruch zu spät sei. Mit positivem Votum für den Änderungsantrag, könne nur noch gegen den Antrag insgesamt gestimmt werden.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 27 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Verzicht auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens und Beendigung der notwendigen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahrens Durchbau Friedenstraße zu und beauftragt die Stadtverwaltung, alle notwendigen Schritte und Verhandlungen zur Beendigung der beauftragten Planungen und Gutachten einzuleiten.

*Gleichzeitig wird die Stadtverwaltung beauftragt zu prüfen, ob auf der vorhandenen Trasse (ursprünglich vorgesehen für den*

Durchbau der Friedenstraße) von der Hooksieler Landstraße bis zur Friedrich-Paffrath-Straße ein Radschnellweg errichtet werden kann mit dem Ziel, diesen Radschnellweg bis zur Osttangente entlang der schon vorhandenen Friedenstraße durchzubauen. Der Radschnellweg soll sich in ein zu erstellendes Radwegeverkehrskonzept einfügen.

*(Geändert auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat am 24.05.23)*

9.3 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (Ratsherr Reese)

9.3.1 Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterbringung in Sammelunterkünften für Geflüchtete in der Stadt Wilhelmshaven **124/2023**

**Frau Schröder** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 27.04.2023 vor.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 37 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)

Der Satzung zur Änderung der Satzung über die Unterbringung in Sammelunterkünften für Geflüchtete in der Stadt Wilhelmshaven wird zugestimmt.

9.4 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)

9.4.1 Resolution zur Unterstützung der Küstenfischerei **149/2023**

**Frau Kloster** verlas die Resolution zur Unterstützung der Küstenfischerei.

In der sich anschließenden Diskussion sprach sich eine große Mehrheit des Rates für die Unterstützung der Resolution aus.

Bedenken wurden von **Herrn Dr. Schulte, Frau Zaage, Herrn Tönjes, Frau Seyffer, Frau Stomberg** und **Frau Sanchez-Mengeler** vorgetragen.

**Herr Tönjes** beantragte die Aufnahme seines Abstimmungsverhaltens im Protokoll.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 25 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen  
Nein-Stimmen: Tönjes, Stomberg Schaar, Weinstock, Seyffer, Kloster, Burkhardt, Berner, Sanchez-Mengeler)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Resolution zur Unterstützung der Küstenfischerei.

9.5 Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss (Ratsherr Fischer)

9.5.1 Antrag Gruppe "Die BUNTEN" auf Änderung der Hauptsatzung **521/2023**

**Herr Tönjes** trug den Antrag der Gruppe „Die BUNTEN“ vor und begründete ihn. Die Änderung der Hauptsatzung sei notwendig, um eine Berichterstattung mit O-Tönen durch die Medien zu ermöglichen. Mit dem beschlossenen Streamingangebot durch den Bürgersender praktiziere der Rat in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit.

**Herr Fischer** ergänzte, dass man dann aus Gleichbehandlungsgründen allen Medien das Recht auf Berichterstattung mit O-Tönen einräumen müsse.

Auf Bitten von **Herrn Burkhardt** erläuterte **Herr Schönfelder** die rechtliche Situation. Der Verwaltungsausschuss sei der Empfehlung des Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschusses nicht gefolgt und habe den Antrag in seiner gestrigen Sitzung abgelehnt. Die vorgelegte Fassung der Hauptsatzung gehe über den gefassten Beschluss zur Übertragung von Ratssitzungen hinaus, weil auch Filmaufnahmen ermöglicht werden. Das habe der Rat seinerzeit aber gerade nicht beschlossen. Der Antrag müsste daher abgelehnt werden.

Er führte weiter aus, dass der Fachbereich 30 derzeit prüfe, wie das exklusive Übertragungsrecht des Bürgersenders konzeptionell in der Hauptsatzung verankert werden könne. Er hoffe, bereits in der nächsten Ratssitzung darüber beraten zu können. Er rate dringend an, diesen Antrag zurückzuweisen.

**Herr Burkhardt** stellte gemäß Geschäftsordnung den Antrag auf Vertagung.

Der **Vertagungsantrag** wurde bei 31 Nein-Stimmen und 8 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

**Beschluss:** mehrheitlich abgelehnt  
(bei 21 Nein-Stimmen, 13 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt

1. der Ratsbeschluss 512/2021 wird aufgehoben.
2. die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut beigefügtem Entwurf.  
Die Hauptsatzung wird geändert, indem ein neuer § 13 eingefügt wird. Durch die Einfügung verschiebt sich der bisherige Paragraph um eine Nummerierung.
3. Die Satzung wird vom Oberbürgermeister am 16.02.2023



---

verkündet.

9.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

9.6.1 Verkauf einer Gewerbefläche BPlan-227 – Kreuzungsbereich Preußen-/Möwenstraße **118/2023**

**Frau Mandt** trug die Informationsvorlage des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven vom 04.05.2023 vor und bat um Kenntnisnahme.

**Beschluss:** zur Kenntnisnahme

Die zu veräußernde Fläche für den geplanten Bau einer Wasserstofftankstelle durch die Firma Tree Energy Solutions GmbH (TES GmbH) beträgt nach Vermessung 7.783 m<sup>2</sup> anstatt der ursprünglich genannten ca. 5.500 m<sup>2</sup>.

9.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)

9.7.1 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Wilhelmshaven **100/2023**

**Herr von den Berg** trug in Vertretung von Herrn Moriße den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 03.05.2023 vor.

**Herr Dr. Schulte** kritisierte, dass die Einführung der Wertstofftonne um 2 Jahre verschoben werde. Was in der Nachbarkommune Friesland möglich sei, müsse auch in Wilhelmshaven realisiert werden können.

**Herr Marušić** stellte klar, die Einführung der Wertstofftonne zurzeit durchaus noch zu Mehrkosten bei den Gebührenzählern führen würde. Da die Verwertungslinie hinter der Tonne noch nicht abgeschlossen sei, komme es zu einer weiteren thermischen Verwertung, was finanzielle Auswirkungen hätte.

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Der Rat beschließt gemäß § 5 Abs. 3 des Niedersächsischen Abfallgesetzes das vorliegende Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Wilhelmshaven.

10.1 Gemeinsamer Antrag Gruppe GRÜNE und GfW und SPD-Fraktion: 523/2023  
Prüfauftrag zum Einsatz von Mitteln aus dem Kohlestrukturfonds zur  
Umsetzung/Fortführung der Projekte „Musikschule sowie  
Kinderbibliothek“

**Frau Kloster** trug den gemeinsamen Antrag der Gruppe GRÜNE und GfW und SPD-Fraktion vor.

**Herr Burkhardt** fragte sich, warum der Antrag noch auf der Tagesordnung stehe, nachdem der Eigenbetrieb GGS bereits darüber informiert hatte, dass diese Maßnahme nicht umsetzbar sei.

**Herr Marušić** teilte mit, dass GGS dem Rat das Ergebnis bereits in der Vorlage Nr. 40/23 vorgelegt habe. Da der Antrag aber nicht zurückgezogen worden sei, wäre er weiter zu behandeln gewesen.

**Frau Kloster** zog daraufhin den gemeinsamen Antrag zurück.

**Beschluss: zurückgezogen**

Die Ratsgruppe Grüne und GfW sowie die SPD-Fraktion beantragen, dass durch die Verwaltung geprüft werden soll, ob Mittel aus dem Kohlestrukturfond zur Umsetzung/ Fortführung der Projekte „Musikschule sowie Kinderbibliothek“ eingesetzt werden können.

10.2 Antrag SPD-Fraktion: Sozialverträgliche Realisierung des 534/2023  
Sanierungskonzeptes Klinikum

**Herr Schön** trug den Antrag der SPD-Fraktion vor und begründete ihn.

In der sich anschließenden Diskussion an der sich die **Herren Berner, Heinemann, Fischer, Walpurgis, Dr. Schulte, Werner** und **Frau Stomberg** beteiligten, wurde dem Antrag widersprochen. Das Klinikum stehe vor einer schwierigen Sanierung und man kenne das Sanierungskonzept noch nicht. Man würde mit diesem Antrag möglicherweise massiv dem noch nicht vorliegenden Sanierungskonzept entgegenwirken. Auch wenn man keine betriebsbedingten Kündigungen wolle, könne es zu einzelnen Entlassungen kommen. Es sei falsch, jetzt schon Bedingungen aufzustellen, die das Klinikum letztlich daran hindern, das Sanierungskonzept umzusetzen und das Krankenhaus zu retten. Wenn das Sanierungskonzept vorliege, könne der Rat über die Inhalte diskutieren und Lösungen finden. Alle Fraktionen und Gruppen hätten sich zu sozialverträglichen Lösungen bekannt, aber nicht als Bedingung gegenüber der Geschäftsführung.

**Herr Bruns** unterstrich, dass man die Wirkung des Antrages nicht kenne. Die Verwaltung wisse nicht, was das Sanierungskonzept abschließend beinhaltet. Der Antrag habe möglicherweise sogar schädliche Auswirkungen.

**Herr Stoermer** hielt dagegen, dass sowohl Herr Pommerenke als auch Frau Dr. Korte deutlich gemacht hätten, dass ein Sanierungskonzept keine betriebsbedingten Kündigungen benötigt. Im Gegenteil würde sogar mehr Personal benötigt. In den Bereichen, wo abgebaut werden könne (Outsourcen), könne der Abbau durchaus sozialverträglich durch Altersstruktur erfolgen.

**Oberbürgermeister Feist** erklärte, dass die angesprochene Unsicherheit beim Personal durch die Diskussionen und nicht durch die getroffenen Entscheidungen entstehe. Mit dem vom Rat getroffenen wichtigen Beschlüssen im Oktober 2022 und im Mai habe man ein klares Bekenntnis zur Stabilisierung des Klinikums und zugunsten seiner Beschäftigten gesetzt. Er appellierte an die Ratsmitglieder, die Energie auf die Zukunft zu lenken und nicht mit negativen Schlagzeilen weitere Unsicherheit bei Personal und Patienten zu verursachen.

**Beschluss:** mehrheitlich abgelehnt  
(bei 29 Nein-Stimmen und 10 Ja-Stimmen)

1. Der Rat beschließt, dass es im Rahmen der Sanierung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH zu keinerlei betriebsbedingten Kündigungen kommen soll.
2. Die Umsetzung des Sanierungskonzeptes ist sozialverträglich zu realisieren, Beschäftigte der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH sind auf freie oder möglicherweise freiwerdenden Stellen im Bereich des Konzerns Stadt (GGS, TBW u.a.) ohne Lohn- und Gehaltseinbußen weiter zu beschäftigen.
3. Hierzu werden die zuständigen Gesellschafterversammlungen und die betreffenden Eigenbetriebsausschüsse angewiesen, ihre Geschäftsführungen und Eigenbetriebsleitungen ebenfalls entsprechend anzuweisen
4. Der Ratsbeschluss ist umgehend umzusetzen.

10.3 Antrag AfD-Fraktion: Prüfauftrag für eine gemeinnützige Arbeitspflicht für Geflüchtete und Migranten **538/2023**

**zurückgezogen**

10.4 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Einführung einer zweiten Protokollführung für Ratssitzungen **539/2023**

**Herr Dr. Weithöner** trug den Antrag der WIN@WBV-Fraktion vor und begründete diesen. Sollte es mittlerweile eine andere tragfähige Lösung im Hause gebe, werde man nicht am Antrag festhalten.

**Oberbürgermeister Feist** gab bekannt, dass die zurzeit unbesetzte Stelle im Fachbereich 13 zum 01.08. wiederbesetzt werde und damit als zweite Protokollführung zur ersten Sitzung nach der Sommerpause zur Verfügung stehe.

**Herr Dr. Weithöner** zog daraufhin den Antrag zurück.

**Beschluss: zurückgezogen**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Zu den Sitzungen des Rates werden regelmäßig 2 Protokollantinnen oder Protokollanten eingesetzt. Diese führen im Wechsel und in Abstimmung mit dem Ratsvorsitz Protokoll mit der Zielsetzung, dass physische Überlastungen und Verstöße gegen Arbeitszeitregelungen ausgeschlossen werden.

10.5 Antrag SPD-Fraktion: Wirtschaftliche Folgen als Standardbemerkung der Vorlagen **540/2023**

**Herr Hager** beantragte namens der SPD-Fraktion, den Antrag in den zuständigen Fachausschuss **zu verweisen**.

**Beschluss: an Fachausschuss verwiesen**

Der Rat der Stadt beschließt,

für alle Ratsvorlagen ab einem Finanzvolumen von 75.000 Euro betrachtet die Verwaltung die wirtschaftlichen Folgen und nimmt diese mit auf die „letzte Seite“ der Vorlagen auf.

10.6 Antrag Ratsherr Becker auf Änderung der Geschäftsordnung des Rates **544/2023**

Der **Ratsvorsitzende** übergab den Vorsitz an **Herrn von den Berg**, um den Antrag zu verlesen. Er gab zu verstehen, dass die Änderungen aus der Mitte des Rates gewünscht waren und bereits Gegenstand der Ältestenausschusssitzung gewesen seien.

**Frau Kloster** kritisierte, dass ihr beim vorangegangenen TOP kein Rederecht eingeräumt worden sei. Ihr Wortbeitrag beziehe sich auf die zweite Protokollführung, mit der es sicherlich möglich sei, künftig Sitzungen ohne Vertagung von TOP zu beenden. Der Rat sollte frei entscheiden könne, ob er nach 20 Uhr die Sitzung fortsetzen möchte. Sie befürchte, dass bei einem festgeschriebenen Sitzungsende zusätzliche Sitzungen stattfinden müssten. Sie wünsche daher keine Änderung der Geschäftsordnung. Vielmehr sollte im Vorfeld in Absprache mit Politik und Verwaltung bei der Aufstellung der Tagesordnung geschaut werden, ob TOP geschoben werden können.

Nachdem auch die CDU-Fraktion die Befürchtungen teilte und keine Änderung der Geschäftsordnung wünschte, zog der **Ratsvorsitzende** den Antrag zurück.

Es folgte um 18:15 Uhr eine Sitzungspause von 15 Minuten. Da der Ratsvorsitzende die Sitzung anschließend verlies, blieb der **Ratsvorsitz** bei **Herrn von den Berg**.

**Beschluss: zurückgezogen**

Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Rates im Bereich des § 5 Abs. 2.:

„Regelmäßiger Sitzungsbeginn ist 15 Uhr. Nach jeweils 90 Minuten ist eine Pause von 15 Minuten durchzuführen. Sitzungsende ist um 20 Uhr. Tagesordnungspunkte, die nicht abgearbeitet wurden, werden bei der nächsten Ratssitzung vorrangig bearbeitet.“

11 Anfragen

11.1 Anfrage Ratsherr Werner: "Ausschreibung Interimsgeschäftsführung Klinikum"

**Oberbürgermeister Feist** beantwortete die Anfrage wie folgt:

**a) Sind die Unterlagen zur Angebotsaufforderung dem Aufsichtsrat vorgelegt worden? Hat der Aufsichtsrat über die Einzelheiten des Beratungsauftrags beschlossen?**

In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 22.02.2023 wurden die Vorschläge und Empfehlungen der beauftragten Anwälte bezüglich der Verfahrensart, Fristen und aller übrigen Vergabekriterien durch die hierfür zuständige Verwaltungsleitung des Klinikums vorgestellt. Eine Beschlussfassung erfolgte nicht.

**b) Wer hat die Unterlagen für das Vergabeverfahren erarbeitet?**

Die Unterlagen für das Vergabeverfahren wurden durch die Verwaltungsleitung des Klinikums in Zusammenarbeit mit der international tätigen Rechtsanwaltskanzlei Buse erarbeitet. Diese Kanzlei verfügt in Deutschland an sieben Standorten über mehr als 100 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Die Ausschreibungsunterlagen einschließlich der Punkte, die Gegenstand dieses Fragenkatalogs sind, wurden von dieser Kanzlei erarbeitet und dem Klinikum empfohlen. Der zuständige Partner der Kanzlei ist Fachanwalt für Vergaberecht.

**c) Ist die Aufforderung zur Angebotsabgabe vergaberechtlich geprüft worden? Wenn ja, durch wen?**

Das Rechtsanwaltsbüro Buse wurde durch das Klinikum beauftragt, eine vergaberechtliche Prüfung durchzuführen und die Vergabeunterlagen vorzubereiten.

**d) Multidisziplinäres Team:**

- **Warum soll zusätzlich zur Interimsgeschäftsführung auch noch ein Auftrag für ein multidisziplinäres Team, im Umfang von 1.000 Stunden erteilt werden, wenn die dort enthaltenen Leistungen durch ein „gut aufgestelltes, erfahrenes Team von ca. 100 Verwaltungsmitarbeitern“ im Klinikum, „die sich auf die klassischen Abteilungen aufteilen“ selbst erbracht werden können?**
- **Warum soll dieses Team Leistungen für den Krankenhausneubau erbringen, wenn es mit Herrn Leinert einen Baugeschäftsführer gibt?**
- **Warum muss dieses Team aus Mitarbeitern des Bewerbers oder aus den Gesellschaftern bestehen und warum sind keine Unterbeauftragungen an fremde, trotzdem geeignete Firmen zulässig?**

Nach Auskunft des Klinikums sollte ein multidisziplinäres Team im Umfang von 1.000 Stunden durch den Dienstleister gestellt werden, damit die Geschäftsführung entlastet wird. Im Aufsichtsrat wurde hierzu ausgeführt, dass hinter der Geschäftsführung ein Team stehen solle, welches zum Beispiel hinsichtlich des Sanierungskonzeptes mit eingebunden werden kann. Kompetenzbereiche des Hintergrund-Teams sollten sein: Budgetverhandlungen, Controlling, Medizin-Controlling, Medizin-Strategie, Pflegemanagement, Medizinrecht und Krankenhaus-Neubau. Zudem hatte Frau Dr. Korte zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die zweite Führungsebene des Klinikums erheblich gestärkt werden müsse und derzeit die geforderten Leistungen nicht erbringen könne.

Die angefragte Leistung für den Krankenhaus-Neubau soll nach Auskunft der zuständigen Verwaltungsleitung erbracht werden, damit ein Berater verfügbar ist, welcher auftretende Problemstellungen aus einem anderen Blickwinkel betrachten kann.

Das Team soll aus eigenen Mitarbeitern bestehen, da durch den Ausschluss des Einsatzes von Nachunternehmern sichergestellt werden soll, dass über interne Schulungen, eine gemeinsame Unternehmens-Philosophie und gemeinsame Projekterfahrung das Risiko von Reibungsverlusten minimiert wird und die benötigten Leistungen des Unterstützungsteams aus einer Hand erbracht werden.

Diese Inhalte beruhen ebenfalls auf dem Rat der das Klinikum beratenden Anwaltskanzlei.

**e) Warum soll zusätzlich auch noch Mehraufwand bezahlt werden?**

Nach Auskunft des Klinikums sollte durch die gesonderte Zahlung des Mehraufwandes der erwartende Angebotspreis reduziert werden.

**f) Warum ist der Aufforderung zum Angebot ein noch nicht beschlossener Sanierungsplan beigefügt, obwohl seit der Ratssitzung am 15.03.23 bekannt ist, dass die Vertretung den Sanierungsplan beschließen muss?**

Nach den Empfehlungen der beauftragten Anwälte sollte damit der

Informationsvorsprung der jetzigen Dienstleister ausgeglichen werden.

**g) Eignung und Referenzen:**

- **Warum ist in die Eignungskriterien und Referenzen aufgenommen worden, dass der Inhaber, Gesellschafter oder Geschäftsführer des Bewerbers mindestens 5 Jahre als Geschäftsführer eines kommunalen Krankenhauses gearbeitet haben muss?**
- **Warum müssen mindestens 2 Beratungsaufträge in 2022 und 2023 nachgewiesen werden?**
- **Warum muss die eigentliche Geschäftsführung mindestens 10 Jahre Erfahrung in der Geschäftsführung in mindestens 3 Häusern belegen?**
- **Warum werden keine erfolgreichen Sanierungen bzw. Geschäftsführungen als Kriterium abgefragt?**
- **Auf wessen Empfehlung sind die Kriterien in die Ausschreibung aufgenommen worden?**

Nach Auskunft der zuständigen Verwaltungsleitung handelt es sich wiederum um Empfehlungen der Anwälte. Die von ihnen genannten Gründe sind Gegenstand einer Rüge und damit eines laufenden Verfahrens. Eine Freigabe der Vergabeunterlagen nebst Anlagen erfolgte nicht durch die Gesellschafterin.

**Herr Werner** erklärte, dass er die Frage 1 als nur unzureichend beantwortet betrachte. Aus der Antwort von Oberbürgermeister Feist schließe er, dass die Unterlagen zur Angebotsaufforderung dem Aufsichtsrat nicht vorgelegt wurden.

**Oberbürgermeister Feist** nahm Bezug auf die von ihm zu Frage 1 gegebene Antwort.

Des Weiteren bat **Herr Werner** um Auskunft, ob die beauftragte Kanzlei die Vergabe auch freigegeben habe.

**Oberbürgermeister Feist** erklärte, dass diese Frage nicht Bestandteil des Fragenkatalogs gewesen sei. Er müsse zunächst die Geschäftsführung befragen inwiefern eine Freigabe stattgefunden habe.

**Herr Werner** bat darum, die Unterlagen nachzureichen.

**Herr Werner** erklärte, dass er den Eindruck gewonnen habe, dass sein Antrag auf Aufhebung der Ausschreibung für die Interimsgeschäftsführung wegen zahlreicher Vergaberechtlicher Verstöße in der letzten Ratssitzung nun doch zum Tragen komme, was von Herrn Dr. Endemann noch in der letzten Ratssitzung als äußerst gefährlich bezeichnet wurde. Dies bestätige sein mangelndes Vertrauen in die aktuelle Situation. Er bat um Auskunft, ob die Ausschreibung nun doch aufgehoben werden soll.

**Oberbürgermeister Feist** erklärte, dass er sich an die Geschäftsordnung halte

und nehme nur zu Fragen, die Gegenstand der Anfrage seien, Stellung. Eine Nachfrage sei erlaubt, es finde aber keine Aussprache statt.

**Auf die Frage von Herrn Walpurgis**, ob der Oberbürgermeister in den Ausschreibungsprozess eingebunden gewesen sei und welche Kosten entstanden seien, wiederholte **Oberbürgermeister Feist**, dass er auf neue Fragen keine Antwort geben werde.

**Herr Ehlers** bat um Auskunft, wer die Unterlagen für das Vergabeverfahren erarbeitet habe und durch wen die Aufforderung zur Angebotsabgabe vergaberechtlich geprüft worden sei. Nach der Antwort des Oberbürgermeisters sei sowohl die Ausarbeitung des Ausschreibungstextes als auch dessen vergaberechtliche Prüfung durch die Kanzlei Buse erfolgt.

**Oberbürgermeister Feist** erklärte, dass die Unterlagen für das Vergabeverfahren durch die Verwaltungsleitung des Klinikums in Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskanzlei Buse erarbeitet wurden. Das Rechtsanwaltsbüro Buse wurde durch das Klinikum beauftragt, eine vergaberechtliche Prüfung durchzuführen

**Herr Heinemann** bat um Auskunft, warum ein multidisziplinäres Team notwendig sei, wenn doch nach Aussage der Geschäftsführung „ein nahezu grenzenloses Team in der Hinterhand bereitstehe, das jederzeit nach Bedarf einspringen könne.“

**Oberbürgermeister Feist** erklärte, dass die Beauftragung der Firma HC&S mit der zukünftigen Ausschreibung nichts zu tun habe. Die Fragen des Rats Herrn Werner richteten sich nach der Ausschreibung für den kommenden Zeitraum, und da wisse man heute noch gar nicht, wer der Auftragnehmer sein werde und welche Ressourcen der Auftragnehmer mitbringen werde.

12 Einwohnerfragestunde II  
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung  
gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Da keine Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde II geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung: 19:10 Uhr**

gez.

gez.

gez.

---

Becker  
Ratsvorsitzender

---

Feist  
Oberbürgermeister

---

Götz  
Protokollführerin